

Unterrichtung
(zu Drs. 16/4354)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 18.01.2012

Ausbau der landesweiten Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität fördern

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/4354

Der Landtag hat in seiner 125. Sitzung am 18.01.2012 folgende EntschlieÙung angenommen:

Ausbau der landesweiten Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität fördern

Elektromobilität hat sich seit Vorstellung des Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität der Bundesregierung 2009 zu einem zentralen Zukunftsthema entwickelt. Viele deutsche Autofahrer können sich bereits heute vorstellen, in naher Zukunft ein Elektroauto zu fahren. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Hightech-Verbandes BITKOM anlässlich der Internationalen Automobilausstellung (IAA) 2011 hervor. Geändert hat sich bei den Verbrauchern die Einstellung zur Mobilität insgesamt, was mit einer großen Technologieoffenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Antriebstechnologien und Mobilitätskonzepten, wie z. B. der Elektromobilität oder dem Carsharing, einhergeht.

Unabdingbar für die Markteinführung von Elektrofahrzeugen ist weiterhin die Koppelung an eine CO₂-arme Stromerzeugung aus regenerativen Quellen, damit eine nachhaltige Reduzierung der CO₂-Emissionen im Verkehr gewährleistet wird. Die CO₂-Emissionen können durch Einsparungen im Energieverbrauch und durch Einsatz erneuerbarer Energien reduziert werden, weshalb die Weiterentwicklung elektrischer Antriebskonzepte ein wichtiger Baustein bei der Entwicklung hin zur nachhaltigen Mobilität ist. Der in Niedersachsen aus regenerativen Quellen stammende Strom deckt schon heute rechnerisch circa ein Drittel des niedersächsischen Stromverbrauchs ab; das Land erfüllt damit optimal die Voraussetzung für eine CO₂-neutrale Wirkung von elektrischen Fahrzeugkonzepten.

Mit dem Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität hat die Bundesregierung bis 2011 bereits 200 Mio. Euro an Fördermitteln und 500 Mio. Euro im Konjunkturpaket II zur Förderung der Elektromobilität bereitgestellt. Bundesweit wurden seit 2009 Projekte und Modellregionen angestoßen, die die technologische Entwicklung und gesellschaftliche Akzeptanz der Elektromobilität befördert haben. Am 18. Mai 2011 hat die Bundesregierung das Regierungsprogramm Elektromobilität vorgestellt. In dem neuen Regierungsprogramm werden 1 Mrd. Euro bis 2013 zur Förderung von Forschung und Entwicklung von Elektromobilität und steuerliche Erleichterungen angekündigt. Dadurch sollen die Ziele für Deutschland, „Leitanbieter“ und „Leitmarkt“ bis 2020 zu werden, weiter unterstützt werden. Wichtigste Bausteine im Regierungsprogramm sind die Einzelprogramme „Entwicklung technischer Leuchttürme“ und der „Aufbau regionaler Schaufenster“, in die die Modellregionen zum Teil aufgehen sollen.

Der Landtag hat die Landesregierung bereits aufgefordert, Elektromobilität in Niedersachsen zu fördern (EntschlieÙung Drs. 16/2113 vom 20.01.2010 „Elektromobilität in Niedersachsen weiter fördern“ und Unterrichtung Drs. 16/2830).

Der Landtag begrüßt ausdrücklich das Regierungsprogramm Elektromobilität der Bundesregierung als weiteren wichtigen Baustein in der Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität.

Die Landesregierung wird darüber hinaus gebeten,

1. sich für die Fortsetzung des Programms „Elektromobilität in Modellregionen“ und die fortgesetzte Förderung der Modellregion Oldenburg-Bremen einzusetzen. Der ländliche Raum sollte dabei noch stärker in den Fokus gerückt werden.
2. sich für die Bewerbung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg im Interessenbekundungsverfahren für das Regierungsprogramm „Schaufenster Elektromobilität“ politisch einzusetzen und den Bewerbungsprozess zu unterstützen.
3. die „Entwicklung technischer Leuchttürme“ in Niedersachsen zu unterstützen. Leuchttürme „Energiesysteme und Energiespeicherung“, „Recycling und Ressourceneffizienz“, „Antriebstechnik“, „Ladeinfrastruktur und Netzintegration“ oder „Mobilitätskonzepte“ können auf vorhandenen niedersächsischen Kompetenzen aufgebaut werden.
4. Schwerpunkte zur Elektromobilität im urbanen Verkehr, in der Telematik und im intermodalen Verkehr zu setzen. Dabei werden insbesondere der e-bike-Radverkehr mit sogenannten Radwegen oder mit flankierenden Maßnahmen im Straßenverlauf sowie die Errichtung sicherer, witterungsgeschützter Abstellmöglichkeiten an den Haltepunkten des öffentlichen Verkehrs unterstützt.
5. das niedersächsische Schienennetz auch zukünftig zu elektrifizieren und bei Ausschreibungen des SPNV die Verwendung regenerativ erzeugten Stroms für den Fahrbetrieb als wünschenswert zu benennen.
6. weiter die mittelständische Wirtschaft, KMU-Netzwerke und die niedersächsische Automobilzuliefererindustrie in ihren Aktivitäten zur Elektromobilität zu stärken.
7. Forschung und Innovation weiter intensiv zu fördern, speziell innovative Speichertechnologien und Materialinnovationen.
8. sich weiter für Ausbildung und Qualifizierung in innovativen Mobilitäts- und Energiethemen zu engagieren. Insbesondere sind im Hochschul- und Berufsschulbereich durch mehr Informations- und Öffentlichkeitsarbeit die Kapazitäten in den durch Elektromobilität nachgefragten Berufsfeldern besser auszunutzen.
9. die Vernetzung der Themen Energie und Mobilität sichtbarer zu machen.
10. Konzepte zur temporären Verwendung der mobilen Stromspeicher/-Akkumulatoren zur kurzfristigen Netzstabilisierung bei Stromerzeugungsschwankungen zu entwickeln und im Praxistest zu optimieren.
11. ein Sicherheitskonzept Elektromobilität einschließlich zusätzlicher Angebote zur Fortbildung und Ausstattung der Feuerwehren und Rettungsdienste in Bezug auf die wachsende Elektromobilität aufzulegen.
12. den von der Bundesregierung für regionale Schaufenster erwarteten kommunalen Finanzierungsbeitrag nicht nur mit 10 Mio. Euro aus Landesmitteln, sondern auch durch eine Förderung mit EFRE und andere Fördermöglichkeiten zu unterstützen.